



Liebe Leser*innen,

Von welchen Personen des Stadtgeschehens stammen folgende Zitate?:

"Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Thema für eine wachsende, sich stetig verändernde Stadt." – Und: –"Man kann nicht zu jedem Thema eine Bürgerbeteiligung machen." – Na?

<u>Auflösung:</u> Beide kamen aus dem Mund bzw. der Feder unseres Oberbürgermeisters. Wie kann das sein, fragt man sich. Zwei, quasi konträre, Aussagen von ein und derselben Person? <u>Antwort:</u> So funktioniert Politik in dieser Stadt. Bürgerbeteiligung ist ein "wichtiges Thema", wenn der Öffentlichkeit über die Presse wie im ersten Beispiel ein gerade gegründetes "Büro für Bürgerbeteiligung" bekannt gegeben wird. Hingegen sieht der OB Bürgerbeteiligung als durchaus verzichtbar an, wenn es um so konkrete, weitgreifende Stadtentscheidungen geht wie die Gestaltung der Potsdamer Mitte.

Dazu passt, dass der OB bei der Mai-Stadtverordnetenversammlung fragte: "Wo kämen wir denn hin, wenn wir bestehende Beschlüsse ständig neu denken würden?" Gute Frage.

Vielleicht kämen wir erst einmal zum Denken an sich. Dann zu wirklich gemeinsamem Handeln.

Mehr zur Potsdamer Mitte und anderen Brennpunktthemen und Aktionen der aNDEREN finden Sie auf den folgenden Seiten.

CHRISTINE ANLAUFF
Fraktionsvorsitzende DIE aNDERE

Inhalt

STADTISCHE BETRIEBE	Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hilft gern!
BÜRGERBETEILIGUNG	Im Einsatz für ein pulsierendes Zentrum des Landes Brandenburg
	Die Besserwisser
GARNISONKIRCHE	Bürgerdialog geerdet
STADTNATUR	Was machen eigentlich "Die Grünen"?
	Aufatmen am Aradosee? –
	DIE aNDERE für zweiten Durchstich
KURZNOTIZEN	
IMPRESSUM	

STÄDTISCHE BETRIEBE

Partizipatives Sponsoring durch die *ProPotsdam* – DIE aNDERE hilft gern!

VON ARNDT SÄNDIG

In der Landeshauptstadt wird nicht gekleckert, sondern geklotzt. Im Sommer 2015 erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Die Aufwandsentschädigungen der von der Stadtverordnetenversammlung entsandten Aufsichtsratsmitglieder bei der kommunalen Bauholding ProPotsdam – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stiegen von 100 auf 550 Euro pro Sitzung.



Kuchen für die Stadtparzellierung: Eindöpfnerung auf dem Platz der Einheit, 2015

Doch den Vorwurf der Versorgungsmentalität lassen gerade die Fraktionen der Rathaus-kooperation nicht gelten. Schließlich tragen die Aufsichtsratsmitglieder auch Verantwortung. Diese Bürde müsse angemessen entlohnt werden. Eine Steigerung um 450 Prozent scheint der Kooperation da offenbar plausibel.

DIE aNDERE kommt durch ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss dieser vervielfachten Aufwandsentschädigung. Allerdings verdient das amtierende, von DIE aNDERE entsandte Aufsichtsratsmitglied bei der Unterstützung geflohener Menschen derartig gut, dass es das Geld der *ProPotsdam* für den eigenen Lebensunterhalt schlicht nicht benötigt und daher für ausgewählte Projekte seiner Wähler*innengruppe einsetzt. DIE aNDERE unterstützt hier die *ProPotsdam* beim partizipativen Sponsoring wichtiger, von der Wähler*innengruppe ausgewählter Projekte.

2015 finanzierte die aNDERE aus der Aufwandsentschädigung die *Eindöpfnerung* ihres im März 2015 in Besitz genommenen Areals auf dem Platz der Einheit. Die aNDERE hatte sich hier am Beispiel des Springer-Vorstandschefs **Mathias Döpfner** orientiert, der bereits 2014 in einem innovativen Akt moderner Landnahme einen Teil des öffentlichen Parks am Pfingstberg erfolgreich okkupieren und unter private Kontrolle bringen konnte. Mit Geldern der *ProPotsdam* und dem visionären Beispiel **Döpfners** folgend konnte DIE aNDERE nicht nur die Finanzierung der *Eindöpfnerung* am Platz der Einheit für immerhin zehn Monate absichern.

Auch ein kleiner Weihnachtsmarkt wurde am 06.12.2015 auf dem übernommenen Teilstück des Platzes organisiert und die Besucher*innen mit Plätzchen, Glühwein und kommunalpolitischen Anekdoten bei Laune gehalten. Alles finanziert durch die Aufsichtsratsdiäten. Denn ohne das finanzielle Engagement der *ProPotsdam* hätte DIE aNDERE *Eindöpfnerung* und Weihnachtsmarkt aus Eigenmitteln finanzieren müssen, die nun zugunsten anderer wichtiger Kreativaktionen geschont werden konnten. Kommunale Mittel wurden hier dank des Engagements unserer Wähler*innengruppe öffentlichkeitswirksam eingesetzt.

Sogar noch für die Finanzierung des ersten *Max-Dortu-Gedenksteinewerfens* auf die Stadtschlosskopie reichten die Diäten der **ProPotsdam** 2015. Die Polizei hatte die humoristische Erinnerung an den Revolutionär Max Dortu und den von ihm organisierten Widerstand gegen die preußische Militärmonarchie zwar zunächst verboten. Die eingesetzten Styroporsteine schienen der Behörde zu gefährlich. Zudem wurde sich um die Würde des Landtages gesorgt. Nach einigen souverän formulierten anwaltlichen Schriftsätzen musste die Polizei jedoch klein beigeben. Eine gute juristische Vertretung kostet freilich ihr Geld. Und wieder konnten Mittel aus den mannigfaltigen Aufsichtsratsdiäten der *Pro-Potsdam* sinnvoll umgeleitet werden.

Auch in den kommenden Ausgaben der Fraktionszeitung wird DIE aNDERE über wichtige, aus den *ProPotsdam-*Diäten finanzierte, Projekte berichten.

AS

BÜRGERBETEILIGUNG

Im Einsatz für ein pulsierendes Zentrum des Landes Brandenburg

VON LUTZ BOEDE

André Tomczak ist 32 Jahre alt und arbeitet als Stadtführer. Er ist Mitgründer und Sprecher der *Kulturlobby* und der Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* (PMND). Seit 2014 ist er auf Vorschlag der Fraktion DIE aNDERE als sachkundiger Einwohner



im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung tätig.

LUTZ BOEDE

Seit wann gibt es die Initiative PMND? Wer seid ihr? Was war die Motivation für die Gründung?

ANDRÉ TOMCZAK

PMND hat sich im Februar 2015 gegründet, um auf die enormen Potenziale des FH-Gebäudes aufmerksam zu machen. Wir sind eine offene Initiative mit einem festen Kern von etwa 15 Personen unterschiedlichen Alters.

Wie bewertet die Initiative die städtebauliche Entwicklung in Potsdam? Was würdet ihr gern daran ändern?

Die bestehenden Planungen für die Potsdamer Mitte sind viel zu stark auf die Wiederherstellung des früheren Stadtbildes orientiert. Dabei wird nicht nur übersehen, wie viel sich in den vergangenen Jahren bereits verändert hat, eine Auseinandersetzung mit den Qualitäten und Potenzialen der jüngeren Stadtgeschichte findet überhaupt nicht statt. Vor allem stört uns, dass funktionstüchtige öffentliche Gebäude (FH, Staudenhof) abgerissen werden sollen, um die gewonnenen Flächen anschließend zu verkaufen. Das wäre im Grunde unumkehrbar und ein großer Verlust öffentlichen Eigentums. Wir wünschen uns, dass die Stadt zur Behutsamkeit zurückfindet und dass die Einwohner*innen mit über die Zukunft ihrer Stadtmitte entscheiden können.

Habt ihr den Eindruck, dass es sich lohnt, sich in Beteiligungsverfahren zur Potsdamer Stadtentwicklung zu engagieren? Warum?

Nur bedingt: Schließlich werden die Ergebnisse von Beteiligung nicht immer verbindlich beachtet – was bspw. den Lustgarten-Wettbewerb zur frustrierenden Farce machte, aber auch den Bürgerhaushalt ad absurdum führt. Für das Leitbautenkonzept war überhaupt keine Beteiligung vorgesehen. Hier fand lediglich eine öffentliche Information u.a. mehrfach im Rahmen des Stadtforums (zuletzt 02/2016) statt. Andererseits findet die Arbeit von Initiativen die Aufmerksamkeit der lokalen Medien, erreicht damit weitere Menschen und setzt Impulse. Das zeigt uns, dass es möglich und wichtig ist, Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen...und dass gerade auch die Themen behandelt werden müssen, die Politik und Verwaltung lieber der allgemeinen Diskussion entziehen wollen.

Seit dem 08. April läuft ein Bürgerbegehren "Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte", das eure Initiative gestartet hat. Was hat euch dazu bewogen und was wollt ihr genau erreichen?

Mit dem Bürgerbegehren wollen wir die Privatisierung öffentlicher Grundstücke in Teilbereichen der Potsdamer Mitte verhindern, aber auch den Einsatz öffentlicher Gelder für Kauf und Abriss des Mercure und für die Abrisse von FH und Staudenhof. Es geht uns damit nicht um den Erhalt einer bestimmten Ästhetik, sondern darum, Wege für die Mitbestimmung der Einwohner*innen zu erkämpfen. Zum Bürgerbegehren haben wir uns recht kurzfristig entschieden, als Rathauskoalition und Verwaltung mit dem Beschluss zur Beseitigung des Mercure im März signalisierten: "Wir können über alles reden, gemacht wird jetzt aber, was wir vorbereitet haben."



Dort im Jetzt leben, wo andere sich ins Gestern träumen: Infobox zum Paradox

Die Unterschriftensammlung ist im Rekordtempo gestartet. Es scheint nicht mehr fraglich, ob die erforderliche Zahl erreicht wird, sondern, ob das schon vor dem Erscheinen dieser Zeitung passiert oder nicht. In der Rathauskooperation und in deren Umfeld nimmt die Nervosität spürbar zu. Inzwischen häufen sich die Vorwürfe, dass die Unterzeichner*innen des Bürgerbegehrens eigentlich nur für den Erhalt des Hotels Mercure unterzeichnen wollen und gar nicht wissen, dass sie auch für Staudenhof und Fachhochschule unterzeichnen...

Uns begegnen fast ebenso viele Stimmen, die sagen "Also das Hotel ist mir eigentlich egal. Aber aus der FH, da kann man was richtig Tolles draus machen." Und der Erhalt des Staudenhof-Wohnhauses liegt allen am Herzen. Nein, unser Eindruck ist: Die Leute wissen genau, wofür sie unterschreiben. Es geht ihnen nicht nur darum, den irrwitzigen Umgang mit dem Mercure zu beenden, sondern auch der weiteren Privatisierung und Musealisierung Einhalt zu gebieten. Die Leute wollen gefragt werden und mitbestimmen!

Ein anderer Vorwurf ist, dass PMND keinen Finanzierungsplan und keine Nutzungsidee für das alte Fachhochschulgebäude hat ...

Bereits letzten August haben wir ein Nachnutzungskonzept vorgestellt: Die FH kann hervorragend zu einer Schnittstelle *Gesellschaft-Wirtschaft-Wissenschaft* entwickelt werden, bietet aber auch ideale Räume für Austausch und Begegnung der Stadtgesellschaft. Auch Start-ups, Probenräume und Veranstaltungen können hier untergebracht werden.

Eine detaillierte Finanzplanung können wir als Initiative kaum leisten. Die Stadtverwaltung hat uns bislang ja auch noch nicht den Maßnahmen- und Finanzierungsplan für ihre Vorhaben vorgelegt. Alles durch Grundstücksverkäufe zu finanzieren, ist ja auch keine Option für eine nachhaltige Stadtentwicklung – zumal durch die Abrisskosten kaum Gewinne entstehen.

Wir arbeiten an einem schlanken Konzept und beginnen Gespräche mit potentiellen Nutzer*innen zu führen.

Verhindert das Bürgerbegehren den Bau von Sozialwohnungen? Gerade die Fraktion Bündnis 90/Grüne behauptete, dass die Mieten im Staudenhof nach einer Sanierung auf 9 Euro/qm kalt steigen müssten, aber in neugebauten Sozialwohnungen nach Abriss der Fachhochschule nur 5-6 Euro/qm zu bezahlen seien? Was bedeutet das Bürgerbegehren für die Mietpreise am Alten Markt?

Wenn die *ProPotsdam* für die Sanierung des Staudenhof-Wohnhauses Fördermittel verwendet, können auch hier Mieten unter neun Euro gesichert werden. Selbst mit 9 Euro/qm blieben die 30qm-Wohnungen erschwinglich.

Bei Abriss und Neubau darf nicht vergessen werden, dass einerseits die Belegungsbindungen für sozialen Wohnungsbau nach 20 Jahren enden und die Mieten danach schnell steigen würden. Andererseits müssen sich für sozialen Wohnungsbau auch erst einmal Bauherren finden – nur die Hälfte der Sozialwohnungen sind verbindlich zu bauen. Die Sanierung des Wohnungsbestands ist ökologisch und ökonomisch günstiger. Zudem würden die Nicht-Sozialwohnungen den Mietspiegel nach oben drücken.

Das Bürgerbegehren verhindert nicht weitere Entwicklung, es will nur erreichen, dass die Stadt Eigentümerin bleibt. Eine Entwicklung in Erbbaupacht bleibt somit möglich. Auf den Flächen zwischen FH und Friedrich-Ebert-Str. könnte so bspw. weiterer Wohnraum entstehen – gefördert und preiswert.

Welche Chancen rechnet ihr euch bei einem Bürgerentscheid aus?

Der Bürgerentscheid wird eine große Herausforderung für uns – es müssen mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten mit JA stimmen. Die große Resonanz auf das Begehren zeigt uns jedoch auch, dass die Leute sich Mitsprache wünschen. Wir sind bereit, den Aufwand auf uns zu nehmen, werden die Tragweite der Entscheidungen verdeutlichen.

Wie sieht die Potsdamer Mitte in 20 Jahren aus, wenn die Initiative PMND sich durchsetzen kann?

Sehr interessant: Die Potsdamer Mitte stellt dann einen Stadtbereich dar, in dem die gesamte Geschichte der Stadt unmittelbar und unverfälscht ablesbar ist: Historisches, wie die Nikolaikirche und das Alte Rathaus, im Dialog mit interessanten Bauten der "Zweiten Moderne" und der jüngsten Zeit, die sich der Nachahmung vergangener Denkmäler widmete. Jenseits dieser historisch-ästhetischen Ebene stellt sich die Stadtmitte dann als pulsierender Ort lebendiger Stadtgesellschaft, als Schaufenster der Wissenschaftslandschaft und als Zentrum des Landes Brandenburg dar. Die Stadtmitte kann sich so zu einem sozial und funktional gemischten Ort entwickeln, an dem nicht allein der Geldbeutel über Teilhabe entscheidet.

Dann wünschen wir, dass es so kommt. Vielen Dank für das Gespräch.

LB

BÜRGERBETEILIGUNG

Die Besserwisser

VON CARSTEN LINKE

Ein Gespenst geht um in Potsdam, das Gespenst der Bürgerbeteiligung. Und die Geängstigten sind die, die am lautesten schreien. Wie getroffene Hunde bellen sie "Unterschreibt nicht beim Bürgerbegehren!".



Ein Bürgerbegehren ist die erste Stufe eines langwierigen, arbeitsintensiven Prozesses, welcher die parlamentarische Arbeit ergänzt. Letztendlich ist es ein Antrag von Bürger*innen an die Stadtverordnetenversammlung. Letztere kann deren Anliegen übernehmen oder über die Inhalte in einem Bürgerentscheid abstimmen lassen. Eigentlich nichts Besonderes, so ein Ansinnen, alles gesetzlich geregelt. Aber es ist nicht nur ein Antrag. Es ist ein Begehren der Bürger*innen – der Wahlberechtigten. Natürlich ist es für die Gewählten bequemer, wenn die Wähler*innen sich nur aller paar Jahre an der Wahlurne bemerkbar machen. Potsdam ist einerseits mit der WerkStadt für Beteiligung Modellstadt für Bürgerbeteiligung, andererseits ein Musterbeispiel für Ignoranz gegenüber Bürgerwillen.

Anhand von drei Protagonisten möchte ich aufzeigen, dass falsch verstandene Bürgerbeteiligung, Arroganz und Entfremdung von Bürgerinteressen fast alltäglich sind.

Beginnen wir mit dem Oberbürgermeister. Wie viel Angst vor der eigenen Bevölkerung muss ein Stadtoberhaupt haben, dass er mehrfach an die Öffentlichkeit tritt – was sonst bei unbequemen Vorgängen gar nicht seine Art ist, siehe Pfingstbergdesaster – um die Potsdamer*innen aufzufordern, NICHT beim aktuellen Begehren zur Potsdamer Mitte zu unterschreiben? Von Stillstand ist da die Rede. Innehalten und überlegen, warum binnen zwei Monaten über 13.000 Menschen dort schon unterschrieben haben, ist scheinbar nicht möglich. Wie wenig Vertrauen muss der OB in die eigenen Vorschläge zur Potsdamer Mitte haben, dass er sein Leitbautenkonzept schnell noch durch alle Ausschüsse peitscht, um sie zu legitimieren. Jeder weiß doch, dass in all diesen Ausschüssen die Rathauskooperation die Mehrheit hat und Kritiker, wie DIE aNDERE, in den Fachausschüssen nicht mal Stimmrecht haben.

Der OB **Jann Jakobs** spaltet mit den aktuellen Beschlüssen bewusst die Stadtgesellschaft und treibt damit die Bürger*innen regelrecht zu den Unterschriftssammelstellen und zum Bürgerentscheid. Und dieser, wenn er von 25 Prozent der Wahlberechtigten mitgetragen wird, sorgt nicht für den herbei geredeten "Stillstand", sondern für eine Auszeit. Nachdenken über alte Beschlüsse muss erlaubt sein. Nicht nur das. Es sollte in einem Entwicklungsprozess für eine Verwaltung – und deren Chef, den OB – selbstverständlich sein. Jeder Grundkurs in Projektmanagement und -kommunikation lehrt, dass permanente Kontrolle der Ziele, mögliche Anpassungen und die Mitnahme der Betroffenen zu einem langfristigen Prozess dazu gehören.

Ein souveräner OB sollte sich freuen, wenn so viele Menschen in der Stadt Interesse an der Stadtentwicklung zeigen. Sie zeigen mit ihrer Unterschrift gegen den öffentlich finanzierten Abriss von Gebäuden und den Ausverkauf von Grundstücken, dass sie mitreden wollen – einbezogen werden wollen und nicht bevormundet werden wollen.

Wie Bürgerbeteiligung falsch verstanden werden kann, hat <u>die zweite Protagonistin</u>, die Stadtverordnete **Saskia Hünecke**, anschaulich auf einer Veranstaltung des Stadtforums am 21.04.2016 gezeigt. Ihre Partei, die Bündnisgrünen, hatte einmal eine bürgerbewegte außerparlamentarische Kultur. Die Erwartungen waren deshalb groß, die Enttäuschung aber noch größer.

Bürgerliches Engagement wie *Mitteschön!* – gegen das überhaupt nichts spricht – wertet Frau **Hüneke** nämlich als eine Form von Bürgerbeteiligung. Weit gefehlt! Partizipative Prozesse sind nicht gleichbedeutend mit lautstarker Artikulation von – aus Sicht von Frau Hünecke – wohlgesonnen Partikularinteressen. Partizipationsprozesse sind auch nicht dem gesetzlich geregeltem Auslegen von Beschlüssen oder Planentwürfen, oder dem weit verbreiteten Beirats(un)wesen gleichzusetzen. In Beiräten sitzen ohnehin oft nur ausgewählte Persönlichkeiten zur Verstärkung der parteilichen Einflussnahme. Partizipation heißt *Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung, Mitsprache, Einbeziehung* von Betroffenen.

Das hohe Gut der Demokratie zu wahren, heißt nicht, dass die parlamentarische Demokratie alle anderen Formen ersetzen darf. Plebiszitäre Elemente gibt es zu Recht im Grundgesetz, in der Landesverfassung und der Kommunalverfassung. Sicherlich, die Hürden sind hoch, oft zu hoch. Ebenso die Formalien. Hier sind Novellierungen dringend nötig – mehr Demokratie wagen. Wahlen sind unattraktiv geworden, weil die parlamentarische Demokratie unattraktiv geworden ist. Die Politik hat sie zu einem Schauspiel verkommen lassen. Das Bilden von Koalitionen und Kooperationen sichert die Macht der Inhaber und untergräbt sach- und problembezogene Diskussionen und Lösungsansätze. Das wiederum ist der Nährboden, auf dem AfD und *Pegida* gedeihen.

Die Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl in Potsdam lag bei unter 49 Prozent! Die Rathauskooperation aus SPD, CDU/ANW, Grünen und PD hatte knapp die Mehrheit erreicht und repräsentiert nicht mal 26 Prozent der Wahlberechtigten! Der Verweis auf gefasste Beschlüsse der SVV ist legitim, aber basiert auf ganz dünnem Eis. Rund drei Viertel (über 74 Prozent) der Wahlberechtigten haben NICHT diese Kooperation gewählt. Es müsste also im Interesse der Rathauskooperation liegen, die Menschen so oft wie möglich zu befragen, um ihrer Verantwortung als Entscheidungsträger aller Potsdamer*innen nachzukommen.

<u>Protagonist Nr.3</u> – Prof. **Ludger Brands**, gibt sich gern als Lehrmeister zur Schönheit der Stadt. Als Wortführer der *POTSDAM SCHOOL OF ARCHITECTURE*, zu der auch Prof. **Bernd Albers** und Prof. **Klaus Theo Brenner** gehören, erklärte **Brands**, eine "*Begeisterung für das Hässliche"* und ein "*Beharren auf ästhetische Brüche"* seien ihm rätselhaft. Zwar habe eine Stadtplanung, die Geschichte leugnet und das Vergessen propagiert, keine Zukunft, doch gelte dies nicht für DDR-Bauten der Mitte, da Bauwerke dieser Ära den Charakter der Stadt verfälschten.

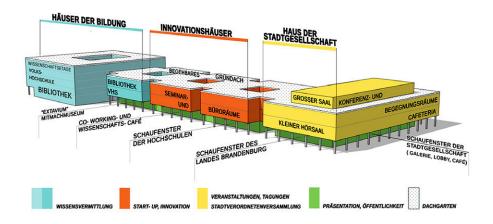
(PNN vom 14.04.2016 _ http://www.pnn.de/potsdam/1067997/)

Verfälschen somit auch die DDR-Bürger die Geschichte der preußischen Militärstadt? Müssen die DDR-Bürger und Antimilitaristen jetzt vor die Tore der alten Stadtmauer ziehen? Hat Herr **Brands** vergessen, dass letztendlich alle historischen Bauten in Potsdam Ausdruck eines undemokratischen Gesellschaftsbildes und von strikter Hegemonie sind? Ist das das, was wir fortschreiben wollen? Gilt eventuell der Wiederaufbau durch Krieg zerstörter Gebäude nicht als Leugnung der Geschichte?



HAUS DER GEGENWART





Vergammlungspolitik in Potsdam: Geplanter Verfall als Argument der Alternativlosigkeit Abbildung darunter: Nachnutzungskonzept der Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* für das Hochschulgebäude am Alten Markt Andernorts schreibt **Brand**: "Mit der gezielten Zerstörung von Teilen der Potsdamer Innenstadt und dem Bau gesichts- und maßstabsloser Solitärbauten an besonders markanten Punkten wollten die damaligen SED-Machthaber den Potsdamer Bürgern ihre Identität rauben. An die Stelle einer organisch gewachsenen, vielfältigen Bebauung mit einer reichen Geschichte sollte die monotone Einheitsarchitektur einer uniformierten und totalitären Gesellschaft treten."

(aus der Mitteschön!-Publikation "Zehn gute Gründe gegen eine Unterschrift")

Mit dem schon zwei Jahrzehnte andauernden gezieltem Verfall und geplantem Abriss von Teilen der Potsdamer Innenstadt rauben die neuen Machthaber und Besserwisser den Potsdamer*innen ebenso die Identität. Die Geschichte von 1949 bis 1990 gehört auch zu dieser Stadt. Und zu Beginn dieser Geschichte waren vor allem ordentlich angewachsene, vielfältige Trümmerberge in der "Mitte" zu finden und nicht "organisch gewachsene, vielfältige Bebauungen". An die Stelle der DDR-Architektur soll nun in der sogenannten Mitte ein Vielfalt und Historie vorgaukelndes Fassaden-Disneyland entstehen, deren totalitäres Selbstverständnis nicht *Freiraum und Gemeinschaft*, sondern *Tradition und Rendite* heißt.

Brands ist scheinbar in der Geschichte des letzten Jahrhunderts stehen geblieben und seine geschichtsorientierte Architekturphilosophie bedeutet meines Erachtens: Stillstand! Orte könnten sich nicht mehr entwickeln. Wirklich Neues kann gar nicht entstehen. Walter Gropius, Ludwig Michael Mies (später van der Rohe) oder Konrad Wachsmann wären wahrscheinlich von der hiesigen Architekturschule geflogen. Neue gesellschaftliche Bedürfnisse und Lebensformen können sich bei einem permanenten Blick in den Rückspiegel weder einen Weg bahnen noch eine eigene Formsprache entwickeln.

Es gibt sicherlich unterschiedliche Sichtweisen dazu. Zum Glück dürfen wir sie äußern. Doch wie arrogant und selbstherrlich klingt der Satz: "Das ist hässlich!". Oft gepaart mit: "Das kann weg!"

Das Wort hässlich ist etymologisch abgeleitet von dem Wort Hass. Hässliches wird auch als eklig, widerlich, unschön, abartig oder (veraltet, heute politisch inkorrekt) entartet bezeichnet. Hässlichkeitsempfindung wird häufig ausgelöst von der Abweichung von einer kollektiv oder individuell angestrebten Norm oder einem Ideal. Wenn wir vor diesem Hintergrund das Adjektiv hässlich nicht als persönliche Wertung kennzeichnen, sondern zum Absolutismus machen, und "das muss weg" als zwingende Bereinigung begreifen, wird es problematisch. Denn dann landen wir schnell wieder bei entartet.

Der vormundschaftliche Architekt tappt in die Fußstapfen derer, deren Bauten er als hässlich und unmenschlich bezeichnet. Auch die SED-Genossen glaubten definieren zu können, was richtig und falsch, schön und unschön ist. Das ist Schönheitsdiktatur.

Das Gespenst dieser Stadt ist nicht Bürgerbeteiligung oder das aktuelle Bürgerbegehren, sondern der Umstand, dass Besserwisser die nicht ausdiskutierte kulturelle Evolution der letzten 25 Jahre gegen weite Teile der Bevölkerung und die Interessen der jungen Generationen einsetzen.

CL

GARNISONKIRCHE

Bürgerdialog geerdet

VON CARSTEN LINKE 1

Der Bürgerdialog zur Garnisonkirche ist gescheitert. Die Diskussion zum umstrittenen Bauprojekt geht hingegen weiter. Ebenso der Widerstand gegen die Errichtung der Kirchenkopie und den damit verbundenen Etikettenschwindel.



Nachdem im letzten Jahr sämtliche Bemühungen seitens der Stadt, einen Bürgerdialog zur Garnisonkirche zu etablieren, selbstverschuldet scheiterten, bekam im Februar dieses Jahres ein Akteurskreis das Okay des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung dazu, die Debatte zum umstrittenen Wiederaufbauprojekt und dessen Umfeld zu organisieren. Aufgabe des Akteurskreises war es, eine Alternative zu einem zufallsbasierten Bürgergutachten zu entwickeln, indem ein selbstverwalteter, selbst gestalteter Diskurs organisiert wird. Dieser sollte transparent und von der Stadtverwaltung unabhängig sein und eine Entscheidungshilfe für die Stadtpolitik liefern. Am Akteurskreis waren viele am Themenfeld Garnisonkirche-Rechenzentrum interessierte Gruppen beteiligt:

- Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
- Bürgerinitiative Plantage/Stadtkanal
- Bündnis Potsdamer Mitte
- Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V.
- Initiative Kulturlobby
- Initiative Mitteschön!
- Initiative Potsdamer Mitte neu denken
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam
- Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.

Der Diskurs sollte mittels einzelner Veranstaltungen befördert und in die Stadtgesellschaft getragen werden. Die Arbeit des Akteurskreises war nicht primär darauf ausgerichtet, einen inhaltlichen Konsens oder eine Annäherung in einzelnen strittigen Fragen innerhalb des Akteurskreises zu erzielen, sondern Öffentlichkeit zu schaffen. Im Laufe des Jahres sollten, wenn es nach uns gegangen wäre, alle Debatten und Erkenntnisse in eine Befragung der Bürger*innen zu ihrer Meinung münden. Daraus wird bekanntlich nichts!

Es ist schon beachtlich, wie groß die Angst und das Misstrauen vor Befragungen der Mitmenschen ist, selbst unter Bürgerinitiativen. Das Instrument der Bürger*innenbefragung ist kein Teufelswerk. Zum Thema Parkeintritt möchte es die Stadtverwaltung demnächst auch nutzen. Zahlreichen Gruppen schwebte eine unverbindliche Vollbefragung der Bürgerschaft vor. Es ging also darum ein Votum einzuholen, an dem sich alle Beteiligten bei ihrem weiteren Handeln orientieren können. Die Aufbaubefürworter hätten bei einer Mehrheit pro Garnisonkirche mit Rückenwind für ihre Spendenaktion rechnen können. Bei einem Nein der Bürgerschaft wären sie nicht rechtlich, aber moralisch unter Druck gekommen. Davor hatten die evangelischen Moral- und Versöhnungsapostel scheinbar Angst.

Alle Versuche, die inhaltliche Debatte über das *Bauvorhaben Garnisonkirchen-Kopie* zu erweitern schlugen ebenfalls fehl. Die städtebaulichen Wechselwirkungen in der Potsdamer Mitte sollten seitens der "Konservatoren" nicht diskutiert werden, da dies zum Beispiel die Einbeziehung das Hotels Mercure als zweite Höhendominante und eine langfristige Perspektive für das Rechenzentrum als kreativen Freiraum zur Folge gehabt hätte.

Folgende Befragungen wurden ursprünglich diskutiert:

- die Frage nach dem Bau der Garnisonkirche klassische JA/NEIN-Frage zum Wiederaufbau
- eine geeignete Fragestellung für die Gestaltung des Platzes um den Garnisonkirchenturm
- eine Frage zum Verbleib des Mercure

¹ CARSTEN LINKE – für den Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V. im Akteurskreis

[◀] Kultur-Rechenzentrum und GK-Wetterfahne: Zwei illuminierte Raumkonzeptionen

Zu allen drei Fragen gab es keine Einigkeit im Akteurskreis! Die dritte Frage musste auf Grund der Schaffung weiterer Tatsachen ohnehin entfallen, da die Rathauskooperation mitten in die Debatte ihre Beschlussvorlage zu den Sanierungszielen im Bereich der Potsdamer Mitte durchstimmte und somit vollendete Tatsachen für die Zukunft des Hotels Mercure schaffen wollte. Als Reaktion darauf wurde seitens der Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* das Bürgerbegehren *Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte!* gestartet.

→ siehe Interview mit André Tomczak, Seite 06

<u>Und das ist das Hauptproblem:</u> Ein Dialog über die Gestaltung des Stadtraumes – egal ob rund um die Plantage oder den Alten Markt – ist nicht möglich, wenn permanent weitere Beschlüsse gefasst oder vollendete Tatsachen geschaffen werden bzw. auf längst erteilte Genehmigungen verwiesen wird. Jeder Dialog – ob Bürgerdialog oder Akteursdialog – muss dann scheitern. Wenn nicht mal ansatzweise die Chance einer ergebnisoffenen Diskussion gegeben ist oder der Wille seitens der Stadt vorhanden ist, Ideen und Vorschläge, die den ursprünglichen Planungen entgegenstehen, ernsthaft zu diskutieren, dann ist alle Mühe umsonst. Dann verkommt bürgerschaftliches Engagement zum Feigenblatt und das Misstrauen seitens der Bürger*innen und Akteure gegenüber handelnden Institutionen und Personen wächst zeitgleich weiter an.

Der Bürgerdialog ist nun endgültig gescheitert. Das Fass zum Überlaufen brachten die Befürworter des Wiederaufbaus mit ihren irreführenden Angaben zum bisherigen Spendenaufkommen. Noch im April 2014 erklärte der Verwaltungsvorstand der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* gegenüber dem Hauptausschuss der SVV, dass bereits 9,7 Mio. Euro Spenden und Fördergelder eingesammelt wurden. Auf Anfrage des Bundestages erklärte der gleiche Herr **Leinemann** im Mai 2016, dass lediglich 6,6 Mio. Euro bisher eingeworben wurden. Mittlerweile räumte die Stiftung Fehler bei den Angaben zur Spendenhöhe gegenüber dem Hauptausschuss ein. Stiftung und *Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V.* (FG) sind aber nicht bereit, Details über die Spendeneinnahmen in anonymisierter Form zu veröffentlichen. Über ihre aktuellen liquiden Mittel als "Bauherr" möchten sie auch keine Auskunft zu geben. Mit der Erklärung, eine gemeinsam geplante Infoveranstaltung für eigene Werbezwecke zu missbrauchen und somit alle anderen Akteure zu vereinnahmen und zu brüskieren, setzte der Vorsitzende der FG, Herr **Dombert**, dem ganzen Theater die Krone auf.

Dem Etikettenschwindel rund um das Thema Versöhnung widmen wir uns, gemeinsam mit den anderen Projektgegner*innen, sicherlich noch in geeigneter Form. Die Instrumentalisierung des 11. September seitens Stiftung und Fördergesellschaft zu Gunsten eines ZDF-Fernsehgottesdienstes im Baufeld an der Breiten Straße ist sicherlich ein geeigneter Zeitpunkt dafür.

CL

STADTNATUR

Was machen eigentlich "Die Grünen"?

VON LUTZ BOEDE

Schon weit vor der letzten Kommunalwahl begann ein Streit um die Absenkung der Schutzstandards für den Potsdamer Baumbestand. Immer wieder mal beschwerten sich Bürger*innen und Bauherren, die den Eindruck hatten, dass sie zu lange auf eine Fällgenehmigung warten müssen, wenn sie Bäume fällen wollen.





Statt mehr Personal für die Umsetzung der vorbildlichen Potsdamer Baumschutzverordnung einzusetzen, zog die Stadtverwaltung – unterstützt von einigen Stadtverordneten (insbesondere von CDU und Die Linke) – den Schluss, dass dieses Problem nur durch Absenkung der Schutzstandards gelöst werden kann. Wir können wirklich froh sein, dass Stadtverordnete, die in dieser Logik ticken, nicht für das Strafgesetzbuch und die Gesetze zu Kinderschutz und Lebensmittelhygiene zuständig sind.

Es begann ein unsägliches Gewurstel und Gezerre, das vorerst mit der öffentlichen Auslegung einer neugefassten städtischen Baumschutzverordnung endete. Vom 15.04. bis zum 17.05.2016 hatten Bürger*innen die Möglichkeit, ihre Einwendungen, Anregungen und Bedenken zum ausgelegten Entwurf vorzutragen.

Neben Umweltverbänden und der Fraktion Bündnis 90/Grüne rief auch DIE aNDERE dazu auf, Einwendungen zu schreiben und gegen die Aushöhlung der Schutzstandards zu protestieren.

Im ganzen Stadtgebiet kennzeichneten wir Bäume, die nach der neuen Baumschutzverordnung nicht mehr geschützt sein sollen. Überall im Stadtgebiet erhielten Bäume knallgrüne Banderolen mit aufgedrucktem Bandmaß und der warnenden Ankündigung: "Ich kann einfach weg".

Vor allem betrifft dies:

- Bäume, die in einem Meter Höhe einen Stammumfang von weniger als 60 cm aufweisen (Obstbäume weniger als 80 cm)
- alle Bäume, die dichter als drei Meter an Wohnhäusern stehen
- alle Bäume in öffentlichen Parks, auf Friedhöfen und in Welterbeparks

Es ist schon interessant, wie sich der eigene Blick für bedrohte Bäume schärft, wenn man mit den Banderolen unterwegs ist. Ich hätte nie gedacht, dass so viele, teilweise riesige Bäume dichter als drei Meter an Wohnhäusern stehen und mitunter war ich überrascht, wie hoch ein Baum wachsen kann, bevor er mehr als 60 cm Stammumfang erreicht.

Viele Potsdamer*innen beteiligten sich an der Aktion und schickten uns Fotos von Bäumen mit unseren Banderolen. Einige davon haben wir bei *facebook* veröffentlicht. Uns erreichten Mails und Briefe, in denen immer wieder die Frage gestellt wurde "*Was machen eigentlich Die Grünen"?*

Die Frage ist einfach zu beantworten: Die Grünen haben zwar leider unseren Antrag nicht mitgetragen, die alte Baumschutzverordnung beizubehalten und mit mehr Personal durchzusetzen. Allerdings haben sie sich in den Fachausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung dafür eingesetzt, die bestehenden Schutzbestimmungen nicht allzu stark aufzuweichen. Sie haben Rederecht für Umweltverbände beantragt und Änderungsanträge gestellt. Im Internet rufen Bündnis 90/Grüne wie wir zur Beteiligung an der öffentlichen Auslegung auf und bieten dafür Mustereinwendungen an. Aber die bündnisgrüne Fraktion hat eben NICHT in der Rathauskooperation auf den Tisch gehauen und ihre weitere Mitarbeit in der Koalition davon abhängig gemacht, dass die Potsdamer Bäume effektiv geschützt werden und dass bei Baumfällungen grundsätzlich auch Ersatzpflanzungen durchgeführt werden müssen. Vergleicht man dies mit dem aufopferungsvollen Einsatz Saskia Hünekes für den Abriss von DDR-Architektur im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte, scheinen die Schwerpunkte der Fraktion nicht unbedingt auf den Themen Ökologie und Nachhaltigkeit zu liegen.

Aber vielleicht kann sich das ja noch ändern. Nach Abschluss der öffentlichen Auslegung gab die Stadtverwaltung bekannt, dass mehr als 250 Einwendungen gegen den Entwurf der Baumschutzverordnung eingereicht wurden. Diese werden nun bis zum Herbst ausgewertet und fachliche Einschätzungen der Verwaltung erarbeitet. Welche Anregungen und Bedenken dann berücksichtigt werden, entscheiden aber letztlich wieder die Stadtverordneten. Wir werden sehen, ob die bündnisgrüne Fraktion ihre zweite Chance nutzt.

LB

STADTNATUR

Aufatmen am Aradosee? – DIE aNDERE für zweiten Durchstich



Der kleine See vor Babelsberg entstand als Baggersee während der Begradigung der Nuthe. Seinen Namen erhielt er von den *Aradowerken*, die sich zu Kriegszeiten in unmittelbarer Nachbarschaft befanden. Dies begünstigte unter anderem die Gerüchte in der Bevölkerung, in den Tiefen des Sees würde ein alter Panzer oder ein Flugzeug ruhen. Während des langen Dornröschenschlafes fiel kaum jemandem auf, dass die einzige Verbindung zwischen Nuthe und Aradosee, also die Lebensader des kleinen Gewässers, eigentlich viel zu klein und schon lange verstopft ist. In der Folge ist naserümpfend ein Phänomen zu beobachten, das der Volksmund "umkippen" nennt. Der Sauerstoffgehalt im Aradosee sinkt dann so enorm, dass Fische absterben und mit dem Bauch nach oben im Wasser schwimmen. Des Weiteren schreckte ein ungepflegter Uferbereich menschliche Besucher häufig ab. Dafür brauchen diese noch nicht einmal zu wissen, dass am Boden des Sees eine meterdicke Faulschlammschicht gammelt.

Kurz nach seiner Gründung machte sich das *Bertha von Suttner Gymnasium* ein Engagement um den Aradosee zur Aufgabe. Bei ersten Aktionen wurde aufgeräumt und gereinigt. Taucher aus der Elternschaft des Gymnasiums beteiligten sich mit einer Erkundung der Gegebenheiten unter Wasser. Später bildete sich eine Projektgruppe zu weiteren Erforschung des Sees. Diese maß mithilfe moderner Messtechniken abiotische Faktoren des Sees aus. Nicht zuletzt unter der Leitung eines engagierten Chemie/Biologielehrers gewann die Gruppe im September 2015 den Wettbewerb *Grüner Forschen*. Für die nächsten Jahre ist ein Seminarkurs mit den Schülern der neuen 11. Klasse geplant.

Durch das Zutun der aNDEREN geriet das Thema in diesem Jahr wieder an die Öffentlichkeit. Im März 2016 reichte die Wählergruppe einen Antrag ein, nachdem der Oberbürgermeister zu beauftragen ist, "geeignete Maßnahmen zur Stärkung des Aradosees als naturnahes Biotop vorzuschlagen." ² Unter anderem durch einen Presseartikel der PNN wurde ein möglicher zweiter Durchstich (zur Fließrichtung) lanciert. Im zuständigen Ausschuss soll bereits Interesse am Anpacken des Aradosee-Problems bekundet worden sein. Bereits 2008 reichte die SPD-Fraktion eine Anfrage zur Gewässerqualität des Sees ein. Die Verwaltung antwortete, der See sei ein stark verschmutztes Gewässer mit getrübtem Wasser, eingeschränkten Sichttiefen und hohem Chlorophyll-Werten. ³ Die Verwahrlosung des Sees ist der Stadtverwaltung also seit längerer Zeit bekannt. Es bleibt die Hoffnung, dass mit dem neuen Eingreifen der aNDEREN endlich Geld in die Hand genommen wird, um den See wieder zu einem Erholungsort zu machen. ⁴

SS

- 2 16/SVV/0220
- 3 09/SVV/0266
- Redaktioneller Hinweis: Der Antrag wurde am 04.05.2016 in der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

KURZNOTIZEN

Keine Auskunft zu Bezahlung in städtischen Betrieben

Bereits im März 2016 reichte DIE aNDERE eine *Große Anfrage* zur Bezahlung der Beschäftigten in städtischen Betrieben ein. Nach Ablauf der Beantwortungsfrist teilte der Oberbürgermeister mit, dass er die Fragen nicht beantworten wird. Geht es die gewählten Stadtverordneten wirklich nichts an, ob in den städtischen Betrieben der Grundsatz *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!* durchgesetzt wird und wann in welchen Betrieben nach öffentlichem Tarif bezahlt wird? DIE aNDERE wird die Auskunft notfalls gerichtlich einklagen.

Rechenabenteuer zur Potsdamer Mitte

Auskunftsfreudig zeigte sich der Oberbürgermeister gegenüber der Rathauskooperation. Auf eine Große Anfrage dieser Fraktionen zu den Folgen des laufenden Bürgerbegehrens Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte! wurden Folgekosten von 40 Millionen Euro vorgerechnet – insbesondere für die erforderliche Sanierung der Fachhochschule, eventuell ausfallende Fördermittel, unverkaufte Grundstücke und entgangene Schlüsselzuweisungen des Landes.

Der Grundfehler der Betrachtung liegt darin, dass sie davon ausgeht, dass alles bleibt, wie es ist, wenn das Bürgerbegehren erfolgreich ist. Allerdings können Staudenhof und FH bedarfsgerecht saniert werden und zusätzlich an der *Friedrich Ebert Straße* neue Wohnungen und Läden entstehen. Dann gibt es sogar höhere Pro-Kopf-Zuweisungen des Landes und statt einmaliger Verkaufserlöse fließen dauerhafte Miet- und Pachteinnahmen in die Stadtkasse. Die Sanierung des FH-Gebäudes als Schule(n) ist deutlich günstiger als der Neubau von Schulen – wenn man die nutzbare Fläche berücksichtigt. Unberücksichtigt bleibt in der Rechnung der Verwaltung auch, dass durch Beschluss des Leitbautenkonzeptes die städtischen Grundstücke am Alten Markt einen Wertverlust von ca. 10 Millionen Euro erfahren werden. Als Sahnehäubchen vergaß der Oberbürgermeister noch, dass auch der geplante Ankauf und Abriss des Hotels Mercure Geld kosten wird. Allein dieser Betrag dürfte deutlich über den Sanierungskosten für das FH-Gebäude liegen.

Mehr Fahrradständer an Potsdamer Schulen

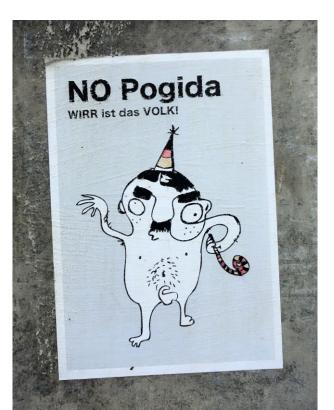
Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE aNDERE (16/SVV/233) listete die Verwaltung den Fehlbedarf an Fahrradstellplätzen an den einzelnen Potsdamer Schulen auf. Die Stellplatzsatzung regelt nämlich, dass an allen Schulen pro 20 Schüler*innen/Azubis fünf Fahrradständer bereitgestellt werden müssen. An Gymnasien und Gesamtschulen sind sogar zehn Stellplätze pro 20 Schüler*innen vorgeschrieben. Dennoch fehlen in unserer Stadt (die mitunter Baugenehmigungen für Holzstapel fordert oder Bußgelder wegen Unkraut vor Häusern verhängt) an den von ihr unterhaltenen Schulen oft Möglichkeiten, die Fahrräder sicher abzustellen. DIE aNDERE hat nun beantragt, diesen Mangel schnell abzustellen.

Bemerkenswerte Prioritätensetzung bei Sportplätzen

In Potsdam fehlen seit Jahren Sporthallen und Sportplätze. In den nächsten Jahren besteht eigentlich die Möglichkeit, einen kleinen Teil des Defizites mit Landesmitteln abzubauen. Nun sollte man meinen, dass die Stadtverwaltung unverzüglich den Neubau zusätzlicher Fußballplätze im Bornstedter Feld und Babelsberg plant und dafür die nötigen Finanzanträge stellt.

Schließlich ist seit Jahren durch Gesprächsrunden mit den Vereinen, Bürgerhaushalte und Breitensportkonferenz bekannt, wo der Bedarf am größten ist und die Wartelisten am längsten sind. Allerdings brachten im Mai 2016 die Fraktionen SPD und CDU einen Antrag in die SVV ein: Danach soll die Stadt sich neben dem unstrittigen Neubau eines Fußballplatzes im Potsdamer Norden um Fördermittel bemühen, um den Schotterplatz in der Waldstadt in einen Kunstrasenplatz umzuwandeln. Der Antrag wurde sofort und ohne Beratung im Fachausschuss beschlossen. Obwohl sich DIE aNDERE seit Jahren für mehr und bessere Sportplätze in der Stadt einsetzt, halten wir diese Prioritätensetzung für fragwürdig. Zwar haben wir Verständnis dafür, dass auch der Vorsitzende des Sportausschusses lieber auf Kunstrasen als auf dem gefürchteten Hartplatz trainieren und spielen will. Allerdings sollte bei einer fairen und seriösen Sportstättenplanung zuerst dafür gesorgt werden, dass durch Investitionen neue Sportstätten und zusätzliche Trainingszeiten entstehen. All unsere Anträge zur Schaffung fehlender Sportanlagen in den verschiedenen Stadtteilen lehnte die Rathauskooperation in den letzten Jahren ab.

Straßenblick



Sparkasse fördert Fernsehgottesdienst an der Garnisonkiche

Gleich mehrfach erreichte die Forderung, keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche auszugeben, Spitzenplätze im Potsdamer Bürgerhaushalt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss mit der Drucksache 11/SVV/820 einen dieser Vorschläge und bekräftigte diesen Beschluss später (12/SVV/759). 2014 beschloss die Stadtverordnetenversammlung sogar, den Oberbürgermeister zu beauftragen, sich für die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam (SGP) einzusetzen. Leider gelang es dem Oberbürgermeister bislang noch nicht, die Mehrheit im Kuratorium von der Notwendigkeit der Selbstauflösung zu überzeugen. Doch kürzlich berichtete die Lokalpresse, dass die Mittelbrandenburgische Sparkasse (MBS) die Garnisonkirchenstiftung durch einen Zuschuss zu einem Fernsehgottesdienst fördert. Träger der MBS ist der Zweckverband für die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam, dem fünf Landkreise sowie die kreisfreien Städte Brandenburg a.d. Havel und Potsdam angehören. Daher hat DIE aNDERE in einer Anfrage Auskunft darüber gefordert, wie es zu dieser Förderung kam. Immerhin hat die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass keine städtischen Mittel für die Garnisonkirche bereitgestellt werden sollen. Dazu gehört nach unserem Verständnis auch, dass Fördermittel, bei deren Verteilung städtische Vertreter*innen mitentscheiden können, für sinnvollere Projekte in der Stadt vergeben werden müssen.

Kirsch muss aufforsten

Mehrmals beschwerten sich Bürger*innen darüber, dass der Bauunternehmer und Bürgerbündnis-Fraktionschef **Wolfhard Kirsch** in der Großbeerenstraße eine Waldfläche abgeholzt hat und forderten eine Neupflanzung von Bäumen. Auf eine Kleine Anfrage (16/SVV/251) unserer Fraktion teilte die Stadtverwaltung mit, dass die rechtlich zuständige Forstbehörde bereits eine Wiederaufforstung der kahlgeschlagenen Fläche gefordert hat.

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / JUNI 2016



V.i.S.d.P. DIE aNDERE
c/o JAN WENDT

Gutenbergstraße 60 14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de

WEB www.DIE-aNDERE.org

facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:

LUTZ BOEDE, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, ARNDT SÄNDIG, SIDNEY SZILLEWEIT

Gestaltung: MARCUS GROßE



